

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. Juni 2025

§ 391

Motion FDP-Fraktion «Für eine zukunftsfähige Volksschule: Bedarfsgerechter Unterricht für unsere Kinder»

(Bericht Regierungsrat, 3.6.2025)

Remo Goethe, Glarus, Unterzeichner, beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Der Regierungsrat stimmt der vorliegenden Motion zu. Das ist ein wichtiges Signal. Dem Regierungsrat ist für die sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Anliegen der Motionäre und die Bereitschaft, den Handlungsbedarf anzuerkennen, zu danken. Denn es brennt in den Klassenzimmern – bei den Lehrpersonen und bei den Kindern, um die es letztlich geht. Die Zahlen sprechen für sich. Der Kanton Glarus weist heute den schweizweit höchsten Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern auf. Gleichzeitig rangiert der Kanton Glarus bei der Separationsquote – also beim Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nicht in Regelklassen, sondern in sonderpädagogischen Angeboten beschult werden – im oberen Drittel. Und trotzdem fehlen vielerorts bedarfsgerechte Strukturen, um Lehrpersonen zu entlasten und den Kindern jene Förderung zu bieten, die sie benötigen. Die Umfrage des Lehrerdachverbands LCH von 2024 zeigt klar, dass die Lehrpersonen zunehmend unzufrieden sind mit ihrem Beruf. Die Note 4,2 entspricht knapp einem «Genügend». Sie ist ein Alarmsignal. Die Rückmeldungen zeigen, dass es an Mitteln fehlt, um den integrativen Unterricht erfolgreich umzusetzen. Viele Lehrpersonen berichten von Überforderung sowie von ständigem Jonglieren zwischen Unterricht, Koordination und Administration. Die Folgen davon sind Teilzeitarbeit, Burn-out und immer öfter auch der Berufsausstieg. Jetzt ist zu handeln. Die Wiedereinführung von Klassen zur besonderen Förderung ist kein Rückschritt, sondern eine notwendige Ergänzung. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um bedarfsgerechte Lösungen und um eine Schule, die Kinder fördert statt überfordert und Lehrpersonen stärkt statt ausbrennt. Der Regierungsrat anerkennt das und ist bereit, den Dialog über die Grenzen des integrativen Unterrichts zu führen. Er bekennt sich dazu, neue Wege zu prüfen und dabei auch Klassen zur besonderen Förderung wieder ins Auge zu fassen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Diskussion allein reicht nicht mehr. Man weiss, wo die Probleme liegen und dass schöne Worte alleine nichts verändern. Jetzt braucht es konkrete Schritte statt Symbolpolitik. Deshalb ist die Motion zu überweisen. Dies ermöglicht eine ehrliche, lösungsorientierte Diskussion über die Volksschule – nicht ideologisch, sondern praxisnah, realistisch und im Interesse der Kinder, der Lehrpersonen und der Zukunft des Bildungssystems. Die Lehrpersonen wollen nicht und die Kinder können nicht länger warten. Die Aufgaben sind anzugehen – für die Lehrerinnen und Lehrer, für die Schülerinnen und Schüler und für eine Schule, die ihren Auftrag wieder erfüllen kann.

Sven Keller, Glarus, beantragt namens der Fraktion der Grünen / Jungen Grünen die teilweise Überweisung der Motion als Postulat; es sei Antragsziffer 1 des Vorstosses weiter zu berücksichtigen. – Die Fraktion der Grünen / Jungen Grünen unterstützt Verbesserungen des Schulsystems, die Entlastung der Lehrpersonen und eine Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs. Vielen Aussagen von Landrat Remo Goethe ist grundsätzlich zuzustimmen. Es ergibt Sinn, über die integrative Schule zu diskutieren. Diese wird in der Öffentlichkeit häufig kritisiert. Mit der Überweisung des Vorstosses als Postulat wird diese Diskussion ermöglicht. Es ist jedoch zu verhindern, dass der Landrat politische Signale gegen die integrative Schule sendet, bevor der Dialog mit Expertinnen und Experten sowie allen betroffenen oder beteiligten Menschen geführt wurde. Die zweite Antragsziffer dieser Motion nimmt die Antwort jedoch bereits vorweg. Es ist keinesfalls offensichtlich, dass die beschriebenen, anerkannten Probleme allesamt auf das integrative Modell zurückzuführen sind. Der Lehrplan 21 und das integrative Modell wurden gerade erst eingeführt. Die Prognosen sehen nicht schlecht aus. Fordert oder fördert die Politik nun wieder Sonderklassen, wird die bisher geleistete Arbeit der Schulleitungen, der Lehrpersonen und der Gemeinden gefährdet oder im schlimmsten Fall zerstört. – Das integrative Modell wurde nicht eingeführt, um Geld zu sparen, sondern um die Integration von Kindern mit speziellen Bedürfnissen zu verbessern. Das ist ein Kernauftrag des Bildungssystems und der Lehrpersonen. Das Modell scheitert an den fehlenden Ressourcen. Das belastet die Lehrpersonen. Es gibt aber viele Möglichkeiten, Lehrpersonen zu entlasten, ohne das integrative Modell bereits wieder verwerfen zu müssen: zum Beispiel durch das Vereinfachen des Spesenreglements oder der Vorgaben für die Schulleitungen, durch das Erweitern der Kompetenzen der Lehrpersonen, durch die Verbesserung des Schutzes vor übergriffigen Erziehungsberechtigten oder durch die Erhöhung der Ressourcen. Weitere, noch linkere Ideen, bleiben jetzt unerwähnt. Die Perspektive der Fraktion der Grünen / Jungen Grünen sollte dennoch klar geworden sein.

Pedro Leuzinger, Riedern, unterstützt namens der Die-Mitte-Fraktion den Antrag Keller. – Auch die Die-Mitte-Fraktion anerkennt die grossen Herausforderungen im Zusammenhang mit der integrativen Schule. Der Dialog ist ergebnisoffen zu führen. Der Weg sollte entsprechend nicht bereits mit der Wiedereinführung oder der aktiven Förderung von Kleinklassen, wie sie Antragsziffer 2 der Motion fordert, vorgegeben werden. Die Überweisung von Antragsziffer 2 wäre ein klares Zeichen gegen die Integration und für die Wiedereinführung von Kleinklassen. Vielmehr sollen alternative Modelle, wie sie etwa im regierungsrätlichen Antrag auf Seite 4 aufgeführt sind, weiterverfolgt, weiterentwickelt und auch mit den nötigen Ressourcen unterstützt werden. Gerade die kürzlich durchgeführte Evaluation des Projekts zur Einführung von Niveaunklassen an der Oberstufe Buchholz zeigte, dass es sich lohnt, altbekannte Pfade in der Bildung zu verlassen und neue Wege zu suchen, um den heutigen und künftigen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Der Dialog über die Grenzen des integrativen Modells und über mögliche Antworten darauf soll geführt werden. Kleinklassen sind aber keine nachhaltige Lösung. Deshalb soll nur die Antragsziffer 1 als Postulat überwiesen werden.

Samuel Zingg, Mollis, beantragt im Namen der SP-Fraktion die Ablehnung der Motion. – Die Motion trägt einen schönen, verfänglichen Titel. Inhaltlich führt sie jedoch zu einem Rückschritt hin zu einem System, das nicht funktioniert hat. Es liegt in der Natur des Menschen, die Vergangenheit besser zu sehen, als sie war. Schwierigkeiten werden verdrängt und umgedeutet, Positives wird übergewichtet. Davor ist niemand gefeit. – Die Motionärin spricht von einem Dogma der Integration. Angesichts der Separationsquote im Kanton Glarus, die eine der höchsten in der Schweiz ist, kann man hier sicherlich nicht von einem solchen Dogma sprechen. Es sind andere Kantone wie Basel, die ein solches Dogma kennen. Dort wird zu 100 Prozent integriert; es gibt keine Sonderschulen. Gemäss den Umfragen des Lehrerverbandes gibt es dort auch mehr Lehrpersonen als im Kanton Glarus. Hier sucht man nach guten Lösungen, die manchmal auch separativer Natur sind. Solche Lösungen erfolgen nicht dogmatisch, sondern pragmatisch. Homogenere Regelklassen führen nicht zwangsläufig zu ruhigeren Situationen. Das Verhalten – schlechtes Benehmen etwa, auch aufgrund eines vernachlässigenden Umfelds – ist selten mit dem sonderpädagogischen Status gekoppelt.

Und entgegen der vorgesehenen Aufgabenteilung unterstützt der Kanton – dieser ist eigentlich für die Sonderpädagogik zuständig – die Gemeinden auch in diesem Punkt. Dafür ist dem Kanton zu danken. Für die Schulen sind also nicht unbedingt Kinder mit sonderpädagogischem Status herausfordernd, sondern verhaltensoriginelle Kinder. Diese Herausforderungen nehmen zu. Das war auch Thema in der Arbeitsgruppe betreffend den Lehrpersonenmangel. Es wurde eine Massnahme formuliert mit dem Ziel, niederschwellige, schnelle Hilfe für die Lehrpersonen und damit auch für die Schülerinnen und Schüler in diesen Klassen bzw. in diesen herausfordernden Situationen zu bieten. Damit wollte man den Lehrberuf attraktiv erhalten. Der Kanton verortete die Zuständigkeit für die Umsetzung dieser Massnahme bei den Gemeinden. Er begründete diese Zuweisung mit dem Umstand, dass die Ausgangslage je nach Schulstandort anders sei. Der gleiche Kanton will vorliegend aber allen Standorten ein einheitliches System aufdrängen. Die Schulkommissionen nahmen ihre Aufgaben an vielen Standorten aber bereits wahr und ermöglichten Pilotprojekte. Beispiele dafür sind die Lerninsel in Glarus Nord, der Chancenraum Glarus und der alternative Lernort an der Oberstufe Buchholz. Das ist richtig so, weil nicht überall die gleichen Voraussetzungen herrschen und somit auch nicht überall die gleichen Lösungen funktionieren. Die Ressourcen sollten statt in eine Diskussion über eine kantonale Lösung besser in die Gemeinden fließen. Dort muss man vor Ort nach Lösungen suchen. – Die Motion spricht von einem grossen Aufwand im Bereich der Koordination und der Administration, von grossen Belastungen, die aufgrund zusätzlich notwendiger Absprachen zwischen Lehrpersonen entstehen würden. Dafür gibt es eine einfachere Lösung, die in der Gemeinde Glarus angewendet wird: Passendere, eher kleinere Klassen ermöglichen ein individuelleres Vorgehen. Dann braucht es weniger zusätzliche Ressourcen für Spezialisten. Der finanzielle Aufwand für die Schule bleibt praktisch gleich. Aber der administrative und koordinative Aufwand für die Lehrpersonen wird kleiner. Wenn schon, wäre der Vorstoss als Postulat zu überweisen – aber nicht als Motion.

Nadine Landolt Rüegg, Näfels, spricht sich im Namen der GLP-Fraktion für Zustimmung zum Antrag Keller aus. – Die Argumente von links bis rechts hören sich allesamt ähnlich an. Eigentlich müsste man sich im Rat einig sein. Und doch werden unterschiedliche Wege in Betracht gezogen. Die GLP-Fraktion ist gegen die Überweisung der Motion, aber für eine Überprüfung des integrativen Modells. Auch sie nimmt wahr, dass dieses Modell heute an seine Grenzen stösst. Die GLP-Fraktion möchte eine starke Volksschule von guter Qualität für alle. Sie wehrt sich aber ausdrücklich dagegen, vom Dogma der integrativen Schulbildung zu sprechen. Das Behindertengleichstellungsgesetz sieht vor, dass behinderte Kinder oder Jugendliche sofern möglich in der Regelschule unterrichtet werden. Bereits heute wird im Einzelfall beurteilt, was möglich ist. Die Lehrpersonen wehren sich nicht gegen den integrativen Unterricht. Es ist zu hoffen, dass die Fachleute in einen allfälligen Prozess eingebunden werden, von einer Arbeitsgruppe mit Gemeinderäten hingegen abgesehen wird. Heterogene Klassen zu unterrichten, ist heute normal und das Kerngeschäft jeder Lehrperson. Fehlende Unterstützung bei stark belasteten Klassen, zunehmende Administration aufgrund von veränderten gesellschaftlichen Erwartungen, aggressive Eltern und fehlende Fachkräfte sind grosse Probleme. Das Postulat, mit welchem dem Fachkräftemangel begegnet werden soll, ist noch nicht erledigt. Wird dieser Mangel behoben, könnte man wahrscheinlich auch die Probleme mit dem integrativen Modell in den Griff kriegen. Es ist zu hoffen, dass Taten folgen und sich etwa auch die FDP-Fraktion bei den entsprechenden Anpassungen auf Verordnungsstufe für Verbesserungen einsetzt. – Mit der kürzlich erfolgten Teilrevision des Bildungsgesetzes wurden einheitliche maximale Klassengrössen festgelegt. Sie gelten auch für sogenannte schwächere Klassen. Das ist kritisch zu verfolgen. Viel eher müssten solche belasteten Klassen mehr Unterstützung erhalten.

Hans Jenny, Ennenda, Unterzeichner, argumentiert für den regierungsrätlichen Antrag. – Dem Regierungsrat ist dafür zu danken, dass er den Handlungsbedarf anerkennt. An der vergangenen Landsgemeinde wurden die Zuständigkeiten im Schulwesen neu geregelt. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem man die Betroffenen mit ins Boot holen muss. Die Bildung ist die Basis dieses Landes. Ihr ist Sorge zu tragen. Das Bildungswesen ist in jeder

Gemeinderechnung der grösste Posten. Dieses darf deshalb auch grundsätzlich überprüft werden – vielleicht auch in kürzeren Abständen, als dies in anderen Bereichen der Fall ist. Von der linken Ratshälfte heisst es, die Probleme seien nicht so gross. Dort müsste man aber nicht nur mit der eigenen Klientel, sondern mit allen Leuten sprechen. Es gibt Lehrer, die zu ganz anderen Schlüssen kommen. Das Thema sollte nicht halbherzig angegangen werden. Die Motion, die auch vom Regierungsrat unterstützt wird, ist zu überweisen.

Kaspar Becker beantragt die Überweisung der Motion und hält fest, dass der Kanton Glarus in Sachen Integration kein Vorreiter sei. – Der Regierungsrat entschied sich bewusst für einen Antrag auf Überweisung. Aber auch ein Antrag auf Ablehnung wäre eine Möglichkeit gewesen. Denn die Diskussion wird sowieso geführt; der Regierungsrat erkannte das Thema auch ohne Motion. Die Umwandlung in ein Postulat wurde ebenso in Betracht gezogen. Letztlich will der Regierungsrat überweisen, weil er nicht den Eindruck erwecken möchte, es sei alles gut und es bestehe kein Handlungsbedarf. Der Austausch mit den Gemeinden, das Entwickeln von Themen, das Erarbeiten von rasch umsetzbaren Verbesserungen bleibt aber deutlich wichtiger als die Behandlung von Vorstössen. Selbst wenn die Motion abgelehnt würde, gehen die Arbeiten weiter – allenfalls mit leicht anderen Stossrichtungen. – Landrat Remo Goethe implizierte, dass die Schulen ihren Auftrag aktuell nicht erfüllen würden. Dem ist zu widersprechen. Im ganzen Kanton Glarus leisten Lehrpersonen täglich hervorragende Arbeit in einem schwierigen Umfeld. In der Schweiz und auch im Kanton Glarus gibt es ein gutes Bildungswesen. Den Lehrpersonen ist für ihre tägliche Arbeit und die grosse Unterstützung der Jugend zu danken.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates unterliegt dem Antrag Keller mit 28 zu 29 Stimmen. Die Motion wird teilweise als Postulat überwiesen, wobei Antragsziffer 1 des Vorstosses weiter zu berücksichtigen ist.